

Damen und Herren
der Presse

Saarbrücken, den 11.11.2014

Landkreistag Saarland: Neuer Innenminister muss Finanzkürzungen zu Lasten der Landkreise zurücknehmen

"Der neue Innenminister muss sofort nach Amtsantritt dafür sorgen, dass die geplanten Finanzkürzungen zu Lasten der Landkreise und des Regionalverbandes Saarbrücken zurückgenommen werden", so die Vorsitzende des Landkreistages Saarland, Landrätin Cornelia Hoffmann-Bethscheider. Wenn man sich die Pläne zum Landeshaushalt 2015 anschaut, würden allein den Landkreisen und dem Regionalverband Saarbrücken ein Finanzvolumen von über 40 Millionen € entzogen werden. Die Landkreise und der Regionalverband Saarbrücken seien nicht die Verursacher der kommunalen Finanznot im Saarland. So seien die geplanten Maßnahmen des Landes, etwa bei der Grunderwerbssteuer oder bei der Einbehaltung der Bundesentlastung in der Eingliederungshilfe, nicht geeignet, die Kreisumlage zu senken und damit die Städte und Gemeinden zu entlasten.

"Das Gegenteil wird der Fall sein", betonte Landrätin Hoffmann-Bethscheider. Das Land betreibe an dieser Stelle die Einhaltung der Schuldenbremse zu Lasten der Landkreise und der Städte und Gemeinden im Saarland. Der neue Innenminister Klaus Bouillon müsse daher in seiner Verantwortung als Kommunalminister dieses Treiben beenden. Es könne nicht sein, dass mit den geplanten Maßnahmen im Zuge des Landeshaushaltes 2015 die

Umlagesituation zwischen Landkreisen und Gemeinden deutlich angespannt werde mit allen negativen Folgen für das interkommunale Verhältnis.

Der Amtswechsel im Innenministerium findet in Zeiten intensiver Diskussion über Strukturen im Land statt. "Unser Land mag zwar klein sein, die Kreise sind es aber nicht und es gibt viele Kreise, etwa in Bayern, die weitaus weniger Einwohner haben als die kleinsten Kreise bei uns", führte Landrätin Hoffmann Bethscheider weiter aus. Denn die Landkreise und der Regionalverband Saarbrücken sind vor allem das unterste Netz des Sozialstaates im Saarland, auf das mehr als 100.000 Menschen im Saarland in den verschiedenen Rechtskreisen angewiesen sind.

Und deswegen leisten die Kreise und der Regionalverband für einen erheblichen und bedürftigen Teil der saarländischen Bevölkerung existenzielle Unterstützung. Darüber hinaus erfüllen sie eine Vielzahl gesetzlicher Aufgaben, etwa im Bereich der weiterführenden Schulen, aber auch eben weitere Aufgaben, die Ihnen gesetzlich zugewiesen sind. "Und man darf nicht vergessen, dass die gesellschaftlichen Anforderungen insbesondere im sozialen Bereich zunehmen, die Einnahmen, über die wir verfügen, allerdings nicht", führte Landrätin Hoffmann-Bethscheider weiter aus.

Darüber hinaus nehmen auch die Aufgaben zu, die den Landkreisen und dem Regionalverband Saarbrücken vom Bund oder auch vom Land zugewiesen werden. "Deswegen haben wir vor allem ein Einnahmeproblem - und wenn wir von der Krise der Kommunalfinanzen reden, muss man natürlich auch darüber reden, wo welche Aufgaben herkommen und wer dafür die finanzielle Verantwortung trägt", so die Vorsitzende des Landkreistages Saarland.

Die Diskussionsbeiträge, die der Landkreistag in den letzten Wochen im Land dazu vernehmen konnte, waren teilweise nicht frei von Unkenntnis und Vereinfachung. Allerdings muss diese Diskussion zwischen Land, Landkreisen und Gemeinden fair, sachlich und auf der Grundlage von Fakten geführt werden. "Man muss vor allem zur sachlichen und fachlichen Diskussion zurück finden, denn wer mit dem Finger auf andere zeigt, auf den zeigen vier Finger zurück", erklärte Landrätin Hoffmann-Betscheider.

Bereits jetzt belegen die verfügbaren Zahlen, dass die Landkreise und der Regionalverband Ihre Hausaufgaben in den vergangenen Jahren gemacht haben. So sind die Umlagesätze im Landesdurchschnitt zwischen 2012 und 2014 im Saarland von 60 auf 55 % gesunken. Nach einer Erhebung des Deutschen Landkreistages beträgt der Umlagesatz bei der Kreisumlage in Hessen im Durchschnitt aktuell 56,8 Punkte und liegt damit mehr als 1 ½ Punkte über dem im Saarland. Der hier und da verschiedentlich kolportierte Eindruck, dass die Landkreise wegen der Umlage nicht sparen würden und unbekümmert Geld ausgeben, wird durch die verfügbaren Daten nicht belegt.

Schon seit geraumer Zeit fordern sowohl der Deutsche Landkreistag als auch der Saarländische Landkreistag zur Behebung der Umlageproblematik die Beteiligung der Kreise an einer Wachstumssteuer, die weitere Übernahme von Kosten der sozialen Sicherung durch den Bund und die Verankerung des strikten Konnexitätsprinzips in der Landesverfassung. "Deshalb will ich abschließend noch einmal sagen: Die Landkreise und der Regionalverband sind nicht die Ursache des Problems, sie sind Teil der Lösung", betonte die Vorsitzende des Landkreistages Saarland abschließend.

Ansprechpartner:

Martin Luckas, Geschäftsführer

Tel.: 0681-95094516 oder 0175-2030080